

Ergebnisse der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 10.10.2016

Grünes Licht für mehrere Bauvorhaben

Keine Bedenken hatte der Gemeinderat aus städtebaulicher Sicht gegen den Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Einliegerwohnung in der Dorfstraße, den Neubau eines Wohnhauses mit Carport auf der Heiligenreute, den Um- und Erweiterungsbau eines Wohnhauses und Neubau einer Garage im Fuchsbühlweg und den Neubau eines Stalls und Lagergebäudes im Obertal. Der Gemeinderat stimmte auch dem Antrag auf Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans für eine Werbeanlage im Gewerbegebiet „Röschbünd“ zu.

Weiterentwicklung der Anbindung des Gewerbegebiets Röschbünd an die B 33

In der Einwohnerversammlung am 26.07.2016 wurde durch das Regierungspräsidium Freiburg (RP FR) die Ausbauplanung für die Verbreiterung der B 33 erläutert. Dabei ging die Behörde auch auf den Wunsch der Gemeinde nach einer Anbindung des Gewerbegebiets Röschbünd an die B 33 ein. Laut RP FR besteht nun grundsätzlich die rechtliche Möglichkeit, die bestehende Ausfahrt Gengenbach-Mitte in Form einer parallel zur Bundesstraße verlaufenden Gemeindestraße zu verlängern und mit einer künftigen Ein- und Ausfahrt zum Gewerbegebiet Röschbünd zu verbinden. Hier gilt es jedoch eine Vielzahl von Hindernissen zu überwinden: Finanzierung (1-1,5 Mio. Euro), Entwässerung, Wegfall des Wirtschaftsweges, Grunderwerb, Lärmschutz, Verkehrsführung etc. Gleichermäßen überrascht wurden Gemeinderat und Verwaltung von dem Zeitungsbericht in der Mittelbadi-schen Presse vom 10.10.2016, wonach das RP FR nun seine Planungen dahingehend überprüft, ob der dreispurige Ausbau nicht doch Richtung Kinzig stattfinden kann wie von der Gemeinde gefordert und bislang abgelehnt. Über das Ergebnis werde die Gemeinde dann anschließend informiert. Im Hinblick auf die o.g. Schwierigkeiten bei einem Anschluss zeigte BM J. Schäfer eine Alternative auf, bei der der Verkehr in und aus dem Gewerbegebiet über eine neue Straße zwischen Kinzigstraße und Obere Gewerbestraße geführt werden soll. Der Gemeinderat beschloss daher, in dieser Angelegenheit nunmehr „zweigleisig“ zu fahren, nämlich einerseits hinsichtlich der Anbindung mit dem RP FR im Gespräch zu bleiben und andererseits die Alternative auf ihre technische und rechtliche Machbarkeit überprüfen zu lassen.

Veränderungssperre zur Verhinderung von Spielhallen verlängert

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 12.10.2015 für den Geltungsbereich des sich Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes „Ortsrand Ost“ per Satzung eine Veränderungssperre mit einer Geltungsdauer von 2 Jahren beschlossen, wobei die bereits erfolgte Zurückstellung eines Baugesuches anzurechnen ist. Die Frist läuft daher bereits im November 2016 ab, weshalb der Gemeinderat einer Verlängerung um ein weiteres Jahr zustimmte.

Rebbergwege am Dorfberg bekommen Namen

Wolfgang Kälble hat in seiner Eigenschaft als Teamleiter der „Bänklebauer“ den Vorschlag gemacht, die Wege in den Reben auf dem Dorfberg namentlich zu benennen. Der Gemeinderat begrüßte die Initiative und stimmte folgenden Namen in aufsteigender Folge zu: „Im Krotenberg“, „In den Zauberwald“, „Zum Himmelreich“ und „Auf dem Schützenberg“.

Weitere Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED

In einem ersten Abschnitt wurden 2013/14 von den 328 vorhandenen Straßenlampen bereits 118 Stück auf energiesparende LED-Technik umgerüstet. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass dadurch deutliche Einsparungen beim Stromverbrauch erzielt und damit ein

aktiver Beitrag zur Vermeidung von CO₂-Emissionen und zum Klimaschutz geleistet werden kann. Der Gemeinderat beschloss daher, auch die restlichen Leuchten in zwei Schritten komplett auf LED umzustellen. Die Stufe 1 wird mit Mitteln des Kommunalen Investitionsförderungsgesetz (KInFG) gefördert und umfasst 145 Leuchten. Die geschätzten Kosten betragen 94.000 Euro bei knapp 62.500 Euro an bereits fest zugesagten Fördergeldern. Laut Auswertung der öffentlichen Ausschreibung hat die Firma RK-Beleuchtung GmbH aus 72475 Bitz mit rund 84.200 Euro das günstigste Angebot abgegeben und erhielt daher den Zuschlag. Die restlichen 65 Leuchten in der Lindenstraße und im Außenbereich werden dann in Stufe 2 zu einem späteren Zeitpunkt umgerüstet. Hierzu wird ein Zuschuss aus Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) beantragt.

Neue Satzung zur Erhebung von Kostenbeiträgen bei Feuerwehreinsätzen

Zum 30.12.2015 wurde das Feuerwehrgesetz von Baden-Württemberg (FwG) geändert. Wesentliche Änderungen haben sich dabei in den Regelungen zum Kostenersatz für Leistungen der Feuerwehren ergeben, was auch in Berghaupten eine Neufassung der Satzung inkl. Gebührenkalkulation notwendig machte.

Änderungen bei der Umsatzbesteuerung

Ab 01.01.2017 gelten neue Vorschriften hinsichtlich der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand. Bisher galt die Regelung, dass juristische Personen des öffentlichen Rechts (jPöR) nur im Rahmen eines Betriebs gewerblicher Art (BgA) und ihrer land- oder forstwirtschaftlichen Betriebe gewerblich tätig und somit umsatzsteuerpflichtig sind. Als BgA waren Einrichtungen der Gemeinde anzusehen, die einer nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen außerhalb der Land- und Forstwirtschaft dienen und die sich innerhalb der Gesamtbetätigung der Gemeinde herausheben. Von einer nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeiten war auszugehen, wenn die Umsätze über 17.536 € lagen. Betriebe zur Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Elektrizität, Gas oder Wärme waren generell als BgA einzustufen. Die Anpassung von nationalem an europäisches Recht erfolgte u.a. durch das Steueränderungsgesetz 2015. Dort wurde geregelt, dass die Koppelung der Umsatzbesteuerung an den BgA-Begriff entfällt. Das hat zur Folge, dass die umsatzsteuerrechtliche Unternehmereigenschaft nicht mehr mit dem BgA-Begriff gleichzusetzen ist, sondern die jPöR zunächst pauschal als Unternehmer anzusehen sind. Sie gelten dann nicht als Unternehmer, wenn sie im Rahmen der öffentlichen Gewalt (hoheitlich) handeln. Sofern die Gemeinde jedoch auf einem Gebiet tätig ist, auf dem auch private Anbieter die gleiche Leistung anbieten, entsteht durch die mögliche Konkurrenzsituation eine Pflicht zur Umsatzbesteuerung. Damit soll Wettbewerbsgleichheit hergestellt werden. Der Gemeinderat stimmte dem Vorschlag der Verwaltung zu, bis längstens Ende 2020 noch von der bisherigen Regelung Gebrauch zu machen und eine entsprechende Erklärung gegenüber dem Finanzamt abzugeben.

Geplante Investitionen für 2017

Die Verwaltung wird dem Gemeinderat in der Sitzung am 07.11.2016 die Jahresrechnung 2015 vorlegen. Die Beratung über den Haushaltsentwurf 2017 ist in der Sitzung am 28.11.2016 vorgesehen. In diesem Zusammenhang wurden im Vorfeld der Beratungen von der Verwaltung und vom Gemeinderat folgende mögliche Investitionsmaßnahmen genannt:

- Endausbau des Gewerbegebiets Röschbünd III
- Ausbau von Souterrainwohnungen im Gemeindehaus Dorfbergstr. 12 / 14
- Errichtung von 1 oder 2 Tiefbrunnen zur Löschwasserversorgung des gesamten Gewerbegebiets Röschbünd
- Sanierung der Schlammbehandlungs- und Abscheideanlage beim Feuerwehrhaus

- Neue Rolltore im Feuerwehrgerätehaus (Fahrzeughalle und Bauhof)
- Bauliche Veränderungen am Stenglenzerbach und am Langenbach
- Kanal- und Straßensanierungen
- Breitbandausbau (Glasfaser)
- Veränderungen auf dem Friedhof (gärtnergepflegtes Grabfeld)
- Hochwasserschutz

Der Gemeinderat beauftragte die Verwaltung damit, die Kosten für die Investitionen für den Haushalt 2017 und in der mittelfristigen Finanzplanung zu beziffern und deren mögliche Finanzierung darzustellen.

Bürgermeister Jürgen Schäfer teilte mit...

... dass folgende Bauvorhaben im Kenntnissgabeverfahren eingereicht wurden und dem Gemeinderat bekannt gegeben werden: Abbruch von drei Wohnhäusern in der Dorfstraße, der Lindenstraße und auf der Heiligenreute bzw. Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Garage im Jägerpfad.

... dass sich die abgerechneten Kosten für die Erweiterung der Streuguthalle auf rund 97.000 Euro netto belaufen. Berücksichtigt man die Auftragserweiterung für den Einbau der großen Tore an den Giebelseiten des Gebäudes, wurde der Kostenrahmen von 85.500 Euro netto eingehalten. Hinzu kommen noch die Kosten für die Tragwerksplanung sowie die Architektenleistung. Die Gesamtkosten belaufen sich damit auf rund 129.000 Euro inkl. MwSt. Im Haushalt 2016 waren dafür 150.000 Euro bereit gestellt.

... dass die Verwaltung eine neue Heustocksonde angeschafft hat, die den örtlichen Landwirten zur Temperaturmessung in Heu- und Getreidelagern dient und bei Bedarf im Rathaus, Zimmer 4, ausgeliehen werden kann.

Nächste Gemeinderatssitzung

Die nächste öffentliche Sitzung wird voraussichtlich am Montag, 07.11.2016, stattfinden. Details werden rechtzeitig bekannt gegeben.

Diese und viele weitere Informationen finden Sie auch im Internet unter der Adresse www.berghaupten.de. Dort steht Ihnen außerdem der aktuelle Terminkalender mit allen wichtigen Veranstaltungen in unserer Gemeinde zur Verfügung.